

# Antworten der Kandidaten auf die Fragen der NABU-Ortsgruppe Hatten

## 1. In wie weit würden Sie sich für die Umsetzung des „Niedersächsischen Weges“ auf Gemeindeebene einsetzen?

### **Gerrit Edelmann:**

Miteinander statt übereinander reden und mehr für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz tun, da wir nur diesen einen Planeten haben. Dafür steht der Nds. Weg, dafür stehe ich. Auch wenn der Landkreis (LK) als Untere Naturschutz- und Wasserbehörde für viele Bereiche zuständig ist, können Gemeindeverwaltung und -rat einiges durch Informationsarbeit, eigenes Tätigwerden und eine enge Zusammenarbeit mit dem LK erreichen. Konkret würde ich mich u. a. für einen Arbeitskreis (AK) mit Vertreter\*innen aus Naturschutz, Land- u. Forstwirtschaft, Unterhaltungs- u. Tourismusverbänden, Verwaltung, Politik u. interessierten Bürger\*innen sowie für eine ökologische Station einsetzen und mich an der Aufklärungsarbeit zu Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten (NSG u. LSG), Naturdenkmälern, Wallhecken etc. beteiligen. Ja zu sanftem Tourismus im Einklang mit der Natur, z. B. unterstützt durch verständliche Weg- u. Infotafeln. Darüber hinaus z. B. (Neu-)Bürgerinfos zu Versiegelungen, Schottergärten, heimischen Pflanzen, Pestizideinsatz, Umgang mit Feuerstellen und Müll-/Grüngutentsorgung. Außerdem mehr dauerhaft rechtlich gesicherte und kontrollierte Kompensation in der Gemeinde, Ökolandwirtschaft, Blühflächen, Hecken, Baumreihen und Streuobstwiesen, Nisthilfen und Unterschlupfmöglichkeiten, eine schonende Wegeseitenränderpflege usw.

### **Bastian Ernst:**

Ich halte die Vereinbarung als wegweisend und freue mich, dass wir in Niedersachsen diesen gemeinsamen Weg, mit allen Akteuren gehen. Nicht alle Punkte fallen in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde, aber da wo wir etwas beeinflussen können, müssen wir aktiv werden.

### **Guido Heinisch:**

Ich halte den „Niedersächsischen Weg“ für sinnvoll. Ich würde auf Gemeindeebene den Dialog mit Landwirtschaft, Politik und Naturschützern ausbauen und für gegenseitiges Verständnis werben.

## 2. Wie können Landwirte konkret dabei unterstützt werden, Blüh- und Wegerandstreifen einzurichten?

### **Gerrit Edelmann:**

LK und Gemeinde können die Landwirte und die Hegeringe u. a. durch Zuschüsse für geeignete(re)s, standorttypisches Saatgut fördern und z. B. für zwei- u. mehrjährige Pflanzen werben, damit neben den Allerweltsarten an Insekten auch seltener Tierarten Nahrungsgrundlagen finden. Ich unterstütze den Vorschlag der Jägerschaft, dass der LK die Jagdsteuer in Höhe von ca. 54.000 €/Jahr zweckgebunden für Umwelt- und Naturschutzprojekte den Landwirten und Hegeringen überträgt. So kann die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt werden, dass Jahr für Jahr mehr ha qualitative Blühflächen (lt. Hegering aktuell ca. 46 ha) in Hatten entstehen.

### **Bastian Ernst:**

Wir müssen Landwirten (aber nicht nur denen!) und der ganzen Gesellschaft klar vermitteln warum z.B. Blüh- und Wegerandstreifen wichtig sind. Finanziell kann die Gemeinde hier aber bei der Saat unterstützen und diese zum Teil oder komplett finanzieren. Teilweise wird so schon durch den

Hegering und den Landwirten zusammengearbeitet. Außerdem sehe ich eine Chance mit z.B. der Universität Oldenburg (und deren Studentinnen und Studenten) ein Wege- und Blühstreifenkataster zu erstellen und das Thema systematisch anzugehen.

**Guido Heinisch:**

Gemeinde oder Jägerschaft kann die Aussaat finanzieren. Vielleicht kann eine Entlohnung als Kompensation für die Fläche erfolgen.

3. Wie kann aus Ihrer Sicht der Wohnungsbau gefördert werden, bei dem die fortschreitende Bodenversiegelung und Schottergärten" vermieden werden? Kann auf weitere Gewerbegebiete verzichtet werden (siehe Niedersächsischer Weg)?

**Gerrit Edelmann:**

Immer mehr kann es nicht geben, da der Flächenverbrauch zu hoch ist. Bis 2030 soll die Flächenversiegelung in Nds. auf 3 ha/Tag, bis 2050 auf 0 gesenkt werden. Helfen können u. a. eine von der SPD Hatten schon 2018 geforderte Wohnraumbedarfsanalyse, eine einzelfallbezogene Verdichtung und z. T. höhere Bebauung im Einklang mit der überwiegend dörflichen Bebauung sowie eine Steigerung der Qualität statt Quantität im Gewerbebereich. Nachdem im Gewerbepark Sandkrug alle Flächen vermarktet und in Munderloh neue Flächen entstanden sind, möchte ich auf weitere Gewerbegebiete verzichten. Alte Bebauungspläne müssen überarbeitet, viele unbeplante Gebiete beplant werden, um klare Regeln zu schaffen. Sollen neue Wohngebiete ausgewiesen werden, so müssen komplett neue, bezahlbare und klimaneutrale (Genossenschafts-)Modelle her, bei denen z. B. zu Gunsten von Grünflächen die Parkplätze weg von den einzelnen Grundstücken zentralisiert in eine Tiefgarage fallen. Schon jetzt müssen im Übrigen gem. § 9 II NBauO grds. die nicht überbaubaren Flächen der Baugrundstücke Grünflächen sein. Das müssen LK und Gemeinde nur konsequent umsetzen und kontrollieren.

**Bastian Ernst:**

Die gesetzlichen Vorgaben sind vorhanden, sie müssen aber geprüft und eingehalten werden. Auch hier sehe ich die Information der Gesellschaft und die Sensibilisierung als eine der Hauptaufgaben. Es gibt noch immer einen Bedarf an neuen Gewerbegebieten, wobei ich es als zielführender sehe, hier auf Qualität statt Quantität zu gehen. Ich möchte so wenig wie möglich Flächen versiegeln und dafür qualifizierte Unternehmen gewinnen.

**Guido Heinisch:**

Zum Glück haben sich die Bauvorschriften schon geändert, so dass sog. Schottergärten weitgehend verboten sind. Es soll meiner Ansicht nach auch dafür gesorgt werden dass Regenwasser auch aufgefangen wird. Hinsichtlich der Gewerbeflächen bin ich für eine behutsame, lediglich geringe Erweiterung. Wir brauchen jedoch KEINE weiteren Schrottautos oder Altreifen in der Gemeinde!

4. Welche Örtlichkeiten in der Gemeinde sind für eine Biotopvernetzung zu empfehlen?

**Edelmann:**

Um eine wirkliche Biotopvernetzung zu erreichen, müssen wir neben Trittsteinbiotopen (z. B. am Fasanenweg, Pappelallee) auf zusammenhängende, möglichst lineare Strukturen setzen. Aus meiner Sicht eignen sich dazu u. a. die Gewässer(-randstreifen) (z. B. Hunte), allgemein die Wegeseitenräume, bereits vorhandene Wallhecken (z. B. zw. Sandkrug u. Kirchhatten) und gem.

Landschaftsrahmenplan Waldbereiche (z. B. Alte – Neue Osenberge) sowie Grünlandstrukturen (z. B. Sandhatten – Ostrittrum). Die Vernetzung sollte u. a. in Rücksprache mit dem LK, dem NLWKN, der Hunte-Wasseracht, den Naturschutzverbänden und den Umweltstiftungen geplant und umgesetzt werden.

**Ernst:**

Bei dem Thema möchte ich mit den örtlichen Ansprechpartnern und Experten eine Planung aufstellen, die ggf. auch Interkommunal aufgebaut sein muss. Biotopvernetzung hört nicht an der Gemeindegrenze auf, darum werde ich einen engen Austausch mit unseren Nachbargemeinden pflegen.

**Heinisch:**

Wir sollten z.B. im Gewerbegebiet Sandkrug versuchen eine Vernetzung zwischen den bestehenden Ausgleichsflächen und privaten/gewerblichen Grund zu schaffen. Insgesamt bieten sich hier auch die Ausgleichsflächen an. Es gibt in der Gemeinde auch viele landwirtschaftliche Flächen, die geeignet sind. Dort können z.B. Feuchtbiotobe entstehen bzw. ausgebaut werden und mit Rand- bzw. Blühstreifen verbunden werden.

5. Werden Sie sich für oder gegen die Errichtung von Anlagen zu einer Intensivtierhaltung, auch in Landschaftsschutzgebieten, aussprechen?

**Edelmann:**

Der Gemeinderat hat, initiiert durch die SPD und in Rücksprache mit der Landwirtschaftskammer sowie den einzelnen Landwirt\*innen, die sog. Steuerung der Tierhaltungsanlagen auf dem Gemeindegebiet vorgenommen, um agrarindustrielle Verhältnisse in Mitten unserer Kulturlandschaft zu verhindern. Wenn Intensivtierhaltung in Hofnähe deshalb nun in LSG und nah an Wohngebieten stattfinden soll und noch kein Baurecht vorliegt, muss dies im konkreten Einzelfall genau abgewogen werden. Dann müssen ggf. ausnahmsweise auch Standorte im Außenbereich in Betracht kommen. Grundsätzlich befürworte ich eine Steigerung des Anteils alternativer und ökologischer Tierhaltungsformen (z. B. Offenstall, mobile Ställe) in Verbindung mit einer regionalen (Direkt-)Vermarktung. Hier bestehen Chancen die frisch bewilligten Fördermittel für eine Ökomodellregion im LK.

**Ernst:**

Das ist für mich eine Einzelfallentscheidung, die ich in der konkreten Situation bewerten muss. Grundsätzlich halte ich Intensivtierhaltung in Landschaftsschutzgebieten für schwierig.

**Heinisch:**

Intensivtierhaltung sollte soweit wie möglich nicht in Landschaftsschutzgebieten betrieben werden.

## 6. Würden Sie versuchen, Ihren Einfluss geltend zu machen, weitere Biogasanlagen in der Gemeinde zu verhindern?

### **Edelmann:**

Meiner Einschätzung nach besteht derzeit kein Interesse an weiteren Biogasanlagen, da der Neubau nicht rentabel ist und die Innovationen bei diesen Anlagen aktuell überschaubar sind. Da der Gemeinderat bereits fast alle Bebauungspläne zur Steuerung von Tierhaltungs- und Biogasanlagen beschlossen hat, stehen ausgewiesene Entwicklungsflächen an den Hofstellen fest. Innovativen Konzepten sollte man meiner Meinung nach nicht grundsätzlich verschlossen gegenüberstehen. Weiteren Großanlagen, die zu einer Intensivierung der (Mais-)Monokulturen und zu noch mehr landwirtschaftlichem Verkehr quer durch die Gemeinde und darüber hinaus führen, stehe ich sehr kritisch gegenüber.

### **Ernst:**

Als Bürgermeister habe ich nicht die Befugnisse persönlich etwas zu verhindern, sondern anhand der gesetzlichen Vorgaben Bauvorhaben zu bewerten und dann zu entscheiden, gemeinsam mit dem Rat. Sollte es aus rechtlicher Sicht möglich sein, werden wir den Bau zulassen.

### **Heinisch:**

Der Einfluss der Gemeinde bzw. des Bürgermeisters bei der Genehmigung von Biogasanlagen ist sehr gering. Ich bin jedoch dafür mit den zuständigen Genehmigungsbehörden und den möglichen Betreibern im Gespräch zu sein, um Lösungen zu finden.

## 7. Wie wollen Sie darauf Einfluss nehmen, dass die Einträge von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln (insbesondere auch Glyphosat) in Gewässer und das Grundwasser eingeschränkt werden? Welche Anreize könnte die Gemeinde geben?

### **Edelmann:**

Einträge dieser Art können nicht nur von der Landwirtschaft, sondern auch von privaten Grundstücksbesitzern und der öffentl. Hand reduziert werden. Auf öffentl. Flächen dürfen keine Pestizide mehr eingesetzt werden. Seit Kurzem ist auch Glyphosat im Privaten verboten. Durch die Festlegung von Gewässerrandstreifen im Nds. Wassergesetz ist die Problematik mit einigen Stoffen, wie z. B. Phosphat, das nicht mehr umgehend in Gewässer gespült wird und relativ schnell zerfällt, gelöst. Problematisch bleiben Pflanzenschutzmittel und Nitrate. Wirtschaftlichkeit und Bequemlichkeit können an dieser Stelle ggü. dem Natur- und Umweltschutz kein Vorrang eingeräumt werden. Gemeinde und LK können u. a. auch mit Fördermitteln für die Ökomodellregion Informations-/Aufklärungsarbeit leisten, Vorbilder prämiieren, selbst Vorbild sein, runde Tische anbieten usw.

### **Ernst:**

Um die Umwelt zu schützen müssen wir den Einsatz dieser Stoffe reduzieren, was gesetzlich schon getan wird. Außerdem müssen wir ökologisch wirtschaftenden Landwirte fördern und unterstützen.

### **Heinisch:**

Auch hier ist es wichtig an die Bedeutung von sauberem Grundwasser zu appellieren. Anreize können wiederum oft über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde (ggf. über Fördermöglichkeiten von EU, Land und Bund) gegeben werden.

8. Wie kann auf Gemeindeebene die Artenvielfalt von Insekten, Vögeln usw. gefördert werden? Haben Sie Vorschläge für konkrete Fördermöglichkeiten?

**Edelmann:**

Wir in der SPD haben uns schon in der Vergangenheit u. a. für Tier- und Umweltmaßnahmen an öffentl. Gebäuden (auch Nist- u. Unterschlupfhilfen), Fortbildungsmaßnahmen von Rat u. Bauhof (Wegerandstreifen – Potentiale nutzen; Maßnahmenpläne), insektenschonende u. zeitlich begrenzte Beleuchtung, Blühstreifen (auch Patenschaften), Streuobstwiesen, gemischt-heimische Baumreihen (Voßbergweg – Dorfstraße), biologische Trittbrettsteine und die Biotopvernetzung eingesetzt. Eine weitere Förderung kann z. B. durch Festsetzungen in Bebauungsplänen, die dauerhafte Sicherung von Kompensationsmaßnahmen, den frühzeitigen Ankauf von naturschutzfachlich wertvollen Flächen und Öffentlichkeitsarbeit zu Habitaten etc. geschehen.

**Ernst:**

Den Ansatz z.B. zwischen Landwirten und Hegering aber auch andere unterstützende Maßnahmen werde ich weiter fördern. Hier bietet sich mein gutes Netzwerk in die Landes- und Bundespolitik an, um finanziell Maßnahmen zu stärken. Außerdem müssen wir noch mehr Aufmerksamkeit auf die Themen bringen, beginnend mit den Kindern. Wer als Kind schon sich für Umwelt- und Naturschutz interessiert, wird es als Erwachsener erst recht.

**Heinisch:**

Projekte in der Gemeinde fördern und bei Gemeinde eigenen Grundstücken (Schulen, Kindergärten, Rathaus, Feuerwehr) forcieren. Werben, z.B. durch einen Tag der Artenvielfalt. Kooperation mit Imkern und auch die Landwirtschaft und den Hegering weiter beteiligen.

9. Halten Sie es für sinnvoll, regelmäßige Treffen oder Veranstaltungen für Verwaltung, Bürger, Landwirte und Naturschutz zu organisieren? In welcher Form sollte dies geschehen?

**Edelmann:**

Ja, siehe Frage 1: Miteinander statt übereinander und mit den Expert\*innen reden sowie Maßnahmen auf ihre Wirkungen überprüfen und optimieren! Alle Akteur\*innen müssen kontinuierlich in die Vorbereitung, Umsetzung und Weiterentwicklung politischer Entscheidungen und konkreter Vorhaben eingebunden werden. Die Form(en) möchte ich ebenfalls nicht diktieren. Ich bin z. B. für eine kontinuierliche Beteiligung in der Ausschussarbeit, AK, runde Tische, Infotage / Messen, vor-Ort-Termine offen.

**Ernst:**

Definitiv. Als Ansprechpartner stehe ich gerne zur Verfügung, werde die Themen weiterhin parteiübergreifend bewegen und sehe hier einen engen Austausch mit allen Interessierten aber auch der Fachpolitik und den Verbänden.

**Heinisch:**

Es ist absolut notwendig weiter am Thema Umwelt- und Klimaschutz mit allen Beteiligten zu arbeiten. Sog. Runde Tische, Foren, oder Gesprächskreise werden durch den Bürgermeister initiiert und geleitet bzw. moderiert.